



► Kolumne  
► Aktuelles aus dem Europäischen Parlament  
Seite 1

► Fairer Handel gefordert  
► Lobbyismus wird transparenter  
Seite 3

► Wegweiser Europa  
► Aufgelesen  
► Termine  
► Impressum  
Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor genau zwei Jahren trafen sich die mächtigsten 24 Herren und zwei(!) Frauen der Staats- und Regierungschefs der G-20 Staaten in Washington.

Die Welt schaute damals ganz besonders hin, hatte doch die Finanzkrise jedem verständigen Menschen klar gemacht welche Schäden völlig entfesselte Märkte anrichten können.

Das Ziel dieses Treffens schien klar: Eine Wiederholung dieser Katastrophe muss unbedingt verhindert werden. Bekenntnisse und Absichtserklärungen wurden jedenfalls zuhauf verabschiedet.

Und heute?

Sicher, wir haben - gerade auf europäischer Ebene - einiges erreicht: Eine europäische Finanzmarktaufsicht etwa, oder strengere Regeln für Hedgefonds.

Dennoch: Gerade diejenigen, die damals in Washington das große Wort führten, erweisen sich heute als die wahren Reformbremsen, denen kleinliche Standortvorteile wichtiger sind, als das echte Bestreben die Finanzmärkte in den Griff zu bekommen.

Die Uhr tickt... und die Spekulanten zocken weiter, fast wie vor dem Zusammenbruch der Märkte. Das darf so nicht weitergehen!

Herzlichst



Evelyne Gebhardt mit dem stellvertretenden S&D-Fraktionsvorsitzenden Stephen Hughes (links) und ihrem portugiesischen Fraktionskollegen Antonio Correia de Campos (Mitte).

### Versprechen wurden nicht erfüllt!

„Der Binnenmarkt solle ein menschliches Gesicht erhalten und das soziale Europa bei der zukünftigen Politik in den Mittelpunkt gestellt werden. So lauteten noch die vollmundigen Versprechungen der Europäischen Kommission, als das Binnenmarktpaket angekündigt wurde. Aber was letztlich nun auf dem Tisch liegt, hat wenig damit zu tun“, erklärte die S&D-Koordinatorin des Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschusses Evelyne Gebhardt.

Kürzlich hat Kommissar Barnier seinen sogenannten Aktionsplan vorgestellt, der 50 Maßnahmen zur Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes enthält.

Die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt stellt dabei fest: „Kommissar Barnier wurde offensichtlich in seinem Vorhaben von seinen Kommissionskolle-

gen ausgebremst. Das finde ich äußerst bedenklich. Die sozialen Aspekte, für die wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen einstehen, wurden nicht in dem Maße berücksichtigt, wie es zugesagt wurde.“

Wie der Maßnahmenkatalog Anklang bei den europäischen Bürgern findet, wird sich bis Februar 2011 herausstellen. Das Papier wird in allen europäischen Amtssprachen zur Verfügung gestellt, wodurch eine öffentliche europäische Diskussion angeregt werden soll. „Wir SPD-Abgeordneten werden die 50 Vorschläge im Aktionsplan der Europäischen Kommission genau überprüfen und Vorschläge zur Verbesserung erarbeiten. Denn wir wollen, dass die Bürger und Bürgerinnen im Mittelpunkt der Politik stehen“, kündigte die sozialdemokratische Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt an.

(Fortsetzung auf Seite 2)



## Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 11/2010, 18. November 2010



(Fortsetzung von Seite 1)

Die Dokumente zum Binnenmarktpaket der Kommission sind online nachzulesen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/smact/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/smact/index_de.htm)

Dort gibt es auch eine Online-Konsultation, in der alle Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit haben, sich an der Debatte zu diesem Thema zu beteiligen.

### Stärkere Regulierung bei Finanzspekulationen

**M**it deutlicher Mehrheit hat das EU-Parlament die Regulierung alternativer Investmentfondsmanager beschlossen. Damit gelten ab Januar 2011 erstmals einheitliche Regeln für die Verwalter von Hedge Fonds und privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity) in Europa. „Ohne den jahrelangen beharrlichen Druck der sozialdemokratischen Fraktion gäbe es heute keine Richtlinie“, stellte der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung Dr. Udo Bullmann nach der Abstimmung fest. „Das Gesetz ist ein wichtiger Baustein, um den schwarzen Schafen der Finanzbranche das Wasser abzugraben. Einen Freifahrtschein für Hedge Fonds und Private Equity wie bisher wird es in Zukunft nicht mehr geben.“

In zähen und langwierigen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission konnten die Sozialdemokraten eine anspruchsvolle Regulierung durchsetzen. „Von zentraler Bedeutung sind unter anderem die Vorschriften gegen das Ausplündern von Unternehmen durch die schwarzen Schafe der Finanzmarktbranche.

Für die ersten zwei Jahre nach einer Übernahme muss die Substanz des Zielunternehmens in Zukunft tabu sein“, hob der Europaabgeordnete hervor. Es stehe den Mitgliedstaaten aber frei, bei der Umsetzung der Richtlinie Schutzregeln zu erlassen, die darüber hinausgehen. „Ich erwarte von der deutschen Bundesregierung, dass sie zum Wohle der Beschäftigten und Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch macht“, so Udo Bullmann.

Zukünftig müssen sich Hedge Fonds und Private Equity Manager bei den zuständigen nationalen Behörden registrieren und ihre Strategien sowie die damit verbundenen Risiken offenlegen. „Im Gegenzug erhalten sie ab 2013 einen Pass, der ihnen die Vermarktung der Fonds in der gesamten EU erlaubt. Für Fondsmanager aus Drittstaaten soll es ab 2018 keine nationalen Zulassungen mehr geben, sondern ebenfalls nur noch den europäischen Pass“, erläuterte Udo Bullmann. Das reduziere die Gefahr eines schädlichen Wettlaufs um die niedrigsten Aufsichtsstandards.

Beschäftigte von nicht börsennotierten Unternehmen erhalten im Falle von Übernahmen durch alternative Investmentfonds mehr Informationen. Darüber hinaus ist es der sozialdemokratischen Fraktion gelungen, Vergütungsregeln, Verschuldungsregeln sowie eine umfassende Revisionsklausel festzuschreiben. „Damit bringt die neue Richtlinie mehr Transparenz und eine bessere Aufsicht. Gleichzeitig erhalten institutionelle Anleger aber auch mittelständische Unternehmen und ihre Beschäftigten mehr Sicherheit“, betonte Udo Bullmann abschließend.

### Oettingers Pläne ausbaufähig

**D**ie Europäische Kommission hat ihre Strategie für die EU-Energiepolitik bis 2020 vorgestellt. Neben der Sicherung des steigenden Energiebedarfs soll die Energieeffizienz erhöht und der europäische Energiebinnenmarkt verwirklicht werden. Gleichzeitig soll die Entwicklung neuer Technologien gefördert und die Beziehungen zu Energielieferanten außerhalb Europas intensiviert werden.

„Gerade im Bereich der Energieeffizienz sind große Energieeinsparungen möglich. Da muss der Druck auf die EU-Mitgliedstaaten deutlich erhöht werden und verbindliche Ziele formuliert werden“, begrüßte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange die Mitteilung der Kommission. Jedoch kritisierte er das mangelnde Bekenntnis zur Förderung erneuerbarer Energien: „Wenn wir die Energiestrategie der EU über 2020 hinaus nachhaltig gestalten wollen, dann müssen wir jetzt erneuerbaren Energien absolute Priorität einräumen. Dazu brauchen wir eine intelligente Netzstruktur, die erneuerbare Energie auch zum Verbraucher bringt.“ Ebenso erinnerte Bernd Lange an die vereinbarten EU-Energieziele bis 2020. „Die Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 muss verbindlich gemacht werden“, forderte Bernd Lange mit Verweis auf die Abstimmung des Industrienausschusses des Europäischen Parlaments.

Der SPD-Europaabgeordnete Norbert Glante befürwortete den Ansatz der EU-Kommission, das

(Fortsetzung auf Seite 3)



## Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 11/2010, 18. November 2010



(Fortsetzung von Seite 2)

Zusammenwachsen des Energiebinnenmarktes voranzutreiben: „Die konsequente Umsetzung des Dritten Energiebinnenmarktpaketes ist richtig. Es nützt nichts, neue Regeln zu fordern, wenn die Auswirkungen der letzten Gesetze noch nicht vollständig greifen.“ Auch die Idee der Straffung von Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Stromnetze unterstützte Norbert Glante: „Wenn wir Windstrom von der Nordsee wollen, müssen wir die Netze rechtzeitig fit für den Transport nach Süden machen.“ Nach heutigem Stand können für Planung, Genehmigung und Bau einer Freileitung bis zu zehn Jahre vergehen. „Das ist zu lange“, so Norbert Glante.

Unklar bleibt für beide Abgeordnete die Finanzierung der in der Energiestrategie vorgestellten Pläne: „Hunderte Milliarden Euro an Investitionen werden nötig sein. Deren Finanzierung muss auf sozial gerechte Art und Weise erfolgen. Energie muss zu jeder Zeit für die Menschen bezahlbar bleiben“, so Bernd Lange abschließend.

### **Handel muss fair und nachhaltig sein**

Wie kann die EU-Handelspolitik zum nachhaltigen Wachstum und Beschäftigung in Europa beitragen – darum geht es in der Strategie der Europäischen Kommission für eine neue EU-Handelspolitik, die vor kurzem vorgestellt wurde.

„Eine Integration der EU-Handelspolitik in die 2020-Strategie der EU für eine intelligente, nachhaltige und integrierte Wirtschaft ist notwendig“, begrüßte der SPD-Europaab-

geordnete Bernd Lange grundsätzlich eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik. „Auch die klare Haltung der Kommission gegen unfaire Handelspraktiken ist zu begrüßen“, so Bernd Lange weiter.

Die EU ist weltweit führend im Handel von Gütern und Dienstleistungen. Aufstrebende Staaten wie China oder Indien sowie Entwicklungs- und Schwellenländer holen jedoch stark auf. In der Mitteilung schlägt die Kommission deshalb vor, die Praxis bilateraler Handelsabkommen mit Drittstaaten auszubauen, um angesichts der neuen Konkurrenz die strategischen ökonomischen Interessen der EU weltweit zu sichern. Dies stößt beim Handelsexperten Bernd Lange auf Kritik: „Besser wären globale Vereinbarungen, die gleichberechtigt ausgehandelt werden. Es kann nicht nur um die wirtschaftlichen Interessen gehen. Die Kommission vernachlässigt die verbindliche Verankerung von Sozial- und Umweltstandards in ihrer Handelsagenda und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei deren Umsetzung.“

Ebenso verlangt er einen stärkeren Fokus auf dem Entwicklungsaspekt des Handels: „Dafür bedarf es partnerschaftlicher Kooperation. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und einen weltweit fairen Zugang zu Rohstoffen. Wir müssen verhindern, dass überall nur das Recht des Stärkeren gilt“, warnte Bernd Lange. „Im Interesse einer gerechten Einbindung in den globalen Handel sollte die EU viel stärker Fair Trade Handel unterstützen“, so Bernd Lange weiter.

Die neue Strategie der EU-Handelspolitik geht einher mit der Umsetzung der Bestimmungen

des Lissabon-Vertrages in der Handelspolitik. Danach werden Handelsabkommen nur noch auf EU-Ebene verhandelt. Gleichzeitig hat das Europäische Parlament die gleichen Rechte wie der Ministerrat und muss zu allen Handelsabkommen seine Zustimmung geben. „Das Europäische Parlament muss dieser neuen Verantwortung gerecht werden und zukünftig darauf achten, dass Handelsabkommen fair sind. Auch im Handel müssen Menschenrechte sowie die Interessen und Rechte von Arbeitnehmern und indigener Völker gewahrt bleiben“, forderte Bernd Lange abschließend.

### **Lobbyismus in Brüssel wird transparenter**

Nach zweijähriger Arbeit hat am Mittwoch eine hochrangige Arbeitsgruppe aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertretern der EU-Kommission ein Abkommen zur Erstellung eines gemeinsamen Transparenzregisters vereinbart. Das sozialdemokratische Mitglied der Arbeitsgruppe Jo Leinen erklärte hierzu: „Endlich wird die Arbeit der Lobbyisten in Brüssel transparenter und deren Einfluss auf die europäische Politik damit nachvollziehbarer. Parlament und Kommission werden damit zu Vorreitern für eine neue Kultur des Regierens in Europa.“

Bisher haben sich in dem Register der Kommission mehr als 3200 Interessenvertreter registriert – mit steigender Tendenz. „Wir müssen aber noch daran arbeiten, dass sich Anwaltsbüros und Denkfabriken verstärkt in das Register eintragen“, forderte Jo Leinen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

Das Europäische Parlament bleibe bei seiner Forderung, dass bei der weiteren Entwicklung des Registers es für alle Lobbyisten verpflichtend sein muss, sich zu registrieren. Beide Institutionen forderten weiterhin, dass der Ministerrat sich in Zukunft dem gemeinsamen Register anschließen solle.

In einem jährlichen Überprüfungsprozess soll unter Einbeziehung der betroffenen Interessenvertreter der Erfolg des Registers bewertet und Verbesserungsvorschläge gesammelt werden.

### Wegweiser Europa

#### **Online-Konsultation Europa für Bürgerinnen und Bürger**

Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sieht eine aktive europäische Bürgerschaft vor. Es soll Menschen aus ganz Europa zusammenbringen, damit sie Erfahrungen und Meinungen austauschen und gemeinsam nutzen können. Auf diese Weise soll bei den Bürgern das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU gefördert, mehr Toleranz und Verständnis füreinander geschaffen und eine europäische Identität entwickelt werden. Die neue Programmperiode läuft von 2014-2020. Die Kommission startet jetzt eine zehnwöchige Online-Konsultation, um Ideen zur Gestaltung des Programms zu sammeln. Vorausgegangen ist ein Konsultationstreffen mit über 130 Bürgerinnen und Bürgern im Juni in Brüssel.

[http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm)

### Aufgelesen

„Ein Tag wird kommen, an dem Ihr Franzosen, Ihr Russen, Ihr Italiener, Ihr Engländer, Ihr Deutschen, all Ihr Nationen des Kontinentes Euch in einer übergeordneten Einheit eng zusammenbinden werdet, ohne Eure hervorragenden, vielfältigen Eigenheiten und Eure glorreiche Identität einzubüßen. Und Ihr werdet einen einzigen europäischen Bund bilden, ganz genau so wie heute die Normandie, die Bretagne, die Bourgogne, Lothringen und das Elsass, wie all unsere Provinzen in Frankreich miteinander vereinigt sind.“

Diese Vision von Europa hatte Victor Hugo bereits 1849 bei seiner Rede zum Pariser Friedenskongress geäußert.

### Terminhinweise

19. November, 16.00 Uhr  
**Was? Bürgersprechstunde**  
Wo? Europabüro Wolpertshausen

19. November, 19.00 Uhr  
**Was? Kreisparteitag  
der SPD Hohenlohe**  
Wo? Gasthof Wolff, Kirchensall

20. November  
**Was? SPD Landesvorstand**  
Wo? Stuttgart

21. November, 11.00 Uhr  
**Was? Empfang zum 80. Geburtstag von Horst Seefeld**  
Wo? Bretten

23. November  
**Was? Besuchergruppe  
Schickhard-Schule Tübingen**  
Wo? Straßburg

23. November  
**Was? Besuchergruppe  
Realschule Rechberghausen**  
Wo? Straßburg

24. November  
**Was? Besuchergruppe  
AWO Zell**  
Wo? Straßburg

25. November  
**Was? Besuchergruppe  
Volkshochschule Freiburg**  
Wo? Straßburg

25. November  
**Was? Besuchergruppe  
Schlossgymnasium  
Künzelsau**  
Wo? Straßburg

26.-27. November  
**Was? ASF-Bundesvorstand  
und ASF-Bundesausschuss**  
Wo? Berlin

3. Dezember  
**Was? Vortrag zur  
Dienstleistungsrichtlinie**  
Wo? Hochschule Bremen

9. Dezember  
**Was? Besuchergruppe  
Gymnasium Leonberg**  
Wo? Brüssel

### Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt  
und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro  
Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22  
Fax: 0 79 40 – 5 91 44  
[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europäisches Parlament  
60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66  
[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)

Die nächste Ausgabe erscheint  
am 9. Dezember 2010.